

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3—4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: Die Beizeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neffamen 30 Pf.

Die Ereignisse in Ostasien.

So sehr auch nach außen hin die englische Presse sich den Anschein giebt, die völlige diplomatische Vereinfachung Englands in der ostasiatischen Frage als ein Meisterstück englischer Staatskunst anzupreisen und zu bewundern, so treten doch immer mehr Zeichen hervor, aus denen man erkennen kann, daß es genug Engländer giebt, die im Grunde ihres Herzens die schweren Nachteile voraussehen, die aus dieser Vereinfachung für ihr Land entstehen müssen. Je weniger das gerade herausgesagt wird, umso mehr eigenartig wirkt die indirekte Aeußerung. Im „Economist“ wird den Chinesen jetzt zu verstehen gegeben, daß es nunmehr an der Zeit sei, an eine umfassende Reorganisation des chinesischen Heeres zu gehen; und als die geeigneten Offiziere, die für eine solche Reorganisation anzuwerben seien, werden neben holländischen und amerikanischen in ostindisch-niederländischer Weise die englisch-indischen Offiziere den Chinesen bestens empfohlen. Noch viel größer sind die schweren Sorgen der „Times“ wegen des Abflusses einer chinesischen Flotte. Sie sucht die englische öffentliche Meinung in derber Weise aufzuwecken und die englischen Banken zum scharfen Weltlauf anzuapportieren, indem sie sich aus Paris die Schauerreden melden läßt, daß in Deutschland sich eine mächtige Finanzgruppe unter Führung des Herrn v. Scharnhausen gebildet habe, um eine große chinesische Anleihe auszugeben, deren Zinsleistungen der Beaufichtigung einer europäischen Staatsbankrottation zu unterstellen seien. Die Anleihe würde unter Zustimmung der an der Erhaltung des Friedens beteiligten Mächte zu gleichen Teilen auf Deutschland, Frankreich, Rußland und England verteilt werden, sie würde anfänglich 1 Milliarde Mark ausmachen, deren weitere Ausgaben in bestimmten Zwischenräumen folgen würden, sodaß eine Erschütterung des Weltmarktes vermieden würde. China selbst habe nicht den Wunsch, die Kriegserklärungung zu sich zu befehlen, wünsche vielmehr im Gegenteil, daß die japanischen Truppen, die einen Teil des Festlandes bis zur Abzahlung der Kriegskosten besetzt halten werden, von dort nicht zu früh zurückgezogen würden, um China Zeit zu gewähren, sich zu kräftigen für den Fall, daß schwarze Flaggen oder andere Störenfriede Unruhen hervorzurufen versuchen. Das Ziel und die Tragweite dieser Pariser Meldungen der „Times“ läßt sich leicht übersehen, wenn man sich der Tatsache erinnert, daß die chinesische Regierung bisher noch nicht einmal ungefähr die Höhe der Kriegserklärung kennt. Sehr interessant ist uns dabei, daß die „Times“ den Zeitpunkt für gekommen erachten, China nach Art Ägyptens und der Türkei einer internationalen Staatsbankrottation Verwaltung oder Aufsicht zu unterstellen, ein Gedanke, der gewiß dazu beitragen wird, die Engländer in China noch weit beliebter zu machen, als sie es ohnehin schon dort in Folge ihrer „eigenmächtigen“ Politik sind. Die Krone aber, gegen die „Times“ ihrer Meldung damit auf, daß sie auszusprechen, den Chinesen liege daran, daß die Japaner noch längere Zeit die Yalufließung und Wei-Hai-Wei zur Sicherung der Kriegskosten besetzt halten. Die „Times“ scheinen in der That ihren Lesern außergewöhnliche Leichtgläubigkeit zuzumuthen.

Deutschland.

Berlin, 15. Mai. Wie die „Nat.-Lib. Corr.“ hört, hat der Präsident des Reichstages seine Ansicht dahin ausgesprochen, daß vor Ende der kommenden Woche an den Schluss der Session nicht zu denken sei. Die genannte Korrespondenz schreibt zur Geschäftsfrage: „Wenn erst einmal Berichte der Petitionskommission zu Augen an der Reihe sind, die meist mit dem Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung schließen, ist das Arbeitspensum des Parlaments gewiss erschöpft. In den wenigen Tagen bis Ende dieser Woche ließe sich allenfalls das Notwendigste betreffen der Zuerstprämien noch erledigen, da es hierfür einer kommissionarischen Beratung keinesfalls bedarf. Um so mehr jedoch eines beschlußfähigen Hauses, wenn die radikale Opposition wird gerade diesen gesetzgebenden Zweck mit allen erlaubten Mitteln zu vereiteln suchen. Es wird in diesem Falle namentlich darauf ankommen, daß die Freunde agrarpolitischen Hilfsmittel, gleichviel ob sie am Ribbenbau mit interessiert sind oder nicht, das oft behauptete Solidaritätsgefühl hier in die That überlegen. Allerdings wäre erwünscht, möglichst im Anschluss an die Zuckersteuer- die Brauweinsteuer-Novelle durch die zweite und dritte Lesung bringen zu können. Für die Erwirkung eines beschlußfähigen Hauses, insbesondere für die vollständige Anwesenheit der zumst am Karlsruher interessierten Vertreter des weiten Ostens wäre dies unter allen Umständen recht förderlich. Nur müßten sich dann die Herren Reichsboten zum Ausbrennen bis zum Himmelstagsabend entschließen. Denn der Kommissionsbericht der Brauweinsteuer-Kommission kann unmöglich vor Ende der Woche ertheilt werden, so daß die zweite Lesung höchstens mit der nächsten Woche beginnen könnte. Ungefährlich sehen wir keinen Grund ein, warum sich das nicht ermöglichen lassen sollte.“ — Betreffs der Einzelheiten dieses Gesetzes bestehen aber vielfache Bedenken.

Ueber die geschäftlichen Dispositionen für den Landtag sind die verschiedenen Versionen verbreitet. Augenblicklich hat das Abgeordnetenhaus wieder bis Sonnabend nichts zu thun, trotzdem ist die Rede von einer Fortdauer der Session bis Anfang Juli, andererseits aber von einer baldigen Verlegung bis zum Herbst, um die Vorarbeiten für das Stempelsteuer- und das Kleinbahn-Gesetz nicht verloren gehen zu lassen.

Eine Novelle zum Vereinsgesetz war Herr von Küller bereit dem Staatsministerium zu unterbreiten zur Vorlage noch in dieser Landtagssitzung. Jetzt ist der „Frei. Ztg.“ zufolge davon Abstand genommen.

Die Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch wird vor Eintritt der Sommerferien die zweite Lesung beenden. Im Oktober beim Wiederzusammentritt wird das Einführungsgesetz durchberathen werden. Man ist in der Kommission der Ueberzeugung, daß mit dem Ende des Jahres die gesamten Arbeiten dem Bundesrathe und Reichstage werden zugehen können.

Die Gewerbeordnung bestimmt, daß die Landesregierungen festzusetzen haben, welche Tage als Festtage gelten. Die Bestimmungen hat eine größere Bedeutung bekommen, seitdem die Sonn-

und Festtagsruhe eingeführt ist. Sie war übrigens schon vor der Novelle vom 1. Juni 1891 vorhanden und ist durch die letztere nur insoweit ergänzt, als bei der Festsetzung die öffentlichen und konfessionellen Verhältnisse maßgebend sein sollen. Von der Ermächtigung hat der größere Teil der Landesregierungen schon vor dem Inkrafttreten der Sonntagsruhebestimmungen für Industrie und Handwerk Gebrauch gemacht. Neuerdings ist das auch von der bayerischen Regierung. Die von der letzteren getroffenen Anordnungen haben nun der demokratischen Presse zu abfälligen Bemerkungen Anlaß gegeben. Ganz mit Unrecht. In Bayern regeln sich die Festtage bisher nach örtlichem Brauch. Solange die Reichs-Gesetzgebung nicht in die Arbeitszeit an Festtagen eingreift, kommt dieser Brauch unbehelligt gelassen werden. Das änderte sich aber mit der Zeit, wo durch Gesetz für gewisse Tage die Arbeit völlig verboten wurde. Da war die bayerische Regierung im Interesse der gewerblichen Thätigkeit des Landes gezwungen, diejenigen Festtage festzusetzen, auf welche die Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Ruhe Geltung haben sollen. Wenn dabei nicht alle Festtage, die in einzelnen Orten als solche begangen werden und auch später begangen werden können, Berücksichtigung gefunden haben, so ist eben dasselbe Moment dafür maßgebend gewesen. Die demokratische Presse sollte aber auch nicht von der bayerischen Anordnung übersehen sein. In der Gewerbeordnungsnovelle vom 1. Juni 1891 ist nämlich eine Bestimmung getroffen, welche solche Anordnungen der Landesregierungen gestattet. Es heißt im § 105 b, den Landesregierungen bleibe vorbehalten, für einzelne Festtage, welche nicht auf einen Sonntag fallen, Abweichungen von den sonst geltenden Vorschriften über die Ruhezeit zu gestatten. Bei den hier in Rede stehenden Festtagen konnte es sich nur um Bayern handeln. Man hat also schon bei der Ausarbeitung der Gewerbeordnungsnovelle die jetzt von der bayerischen Regierung getroffenen Anordnungen in Aussicht genommen. Zu einer Verwunderung über das Vorgehen der bayerischen Regierung liegt also ein Anlaß nicht vor.

An die Vollendung des Nordostseelkanals hat sich ein Streit über die schleswig-holsteinische Politik von 1864 geknüpft, wobei die Verhandlungen zwischen dem preussischen Ministerium und dem Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein-Angelburg von Neuem dargelegt werden. Dem letzteren wird dabei das Zeugnis deutschnationaler Gesinnung ausgestellt, und hier berührt gewiß nicht die Absicht vor, ihm dieses Zeugnis zu verweigern. Interessant erscheint in den jetzt veröffentlichten Briefen des Herzogs Friedrich an den König Wilhelm I. von Preußen die anfängliche Zurückhaltung des Herzogs gegenüber dem auswärtigen Minister v. Bismarck, wegen deren sich der schleswig-holsteinische Kronprinz demnachträglich gewissermaßen entschuldigt. In gewissen Kreisen, die dem verstorbenen Herzog früher nahe gestanden haben, soll man der Ansicht sein, daß dieser Umstand der entscheidende Faktor für das Schicksal jener Prästententenschaft und damit der letzten Provinz Schleswig-Holstein gewesen ist: Herr v. Bismarck hätte sich von dem Herzog mit Misstrauen behandelt und dieses entsprechend erwidert. Das heißt wohl ein Nebenumstand zu großes Gewicht für eine weltgeschichtliche Entscheidung beizumessen. Wichtig ist allerdings, daß die Ablehnung des Herzogs gegen die baldige Veröffentlichung der Preußen von ihm zu machenden Einräumungen einen eigentümlichen Eindruck macht. Dem unglücklichen Fürsten persönlich soll hier keineswegs der Vorwurf der Hinterhältigkeit gemacht werden, aber wie es scheint, überhöht er die Mittelstaaten und fürchtete sich vor einer bolschevischen Demokratie, die es damals kaum gab, und die allerdings später von der partikularistischen Agitation in den Elberzogthümern systematisch großgezogen worden ist. Uebel berathen zeigt sich der persönlich durchaus loyale Fürst jedenfalls auch in seinen Briefen an den König von Preußen, und die türkische Hinterhältigkeit seiner politischen Umgebung macht sich auch in seinen Briefbruchstücken bemerkbar, die doch von den unliebsameren Erörterungen sorgsam bereinigt scheinen. So mußte denn das Schicksal seinen Lauf nehmen.

Aus Kiel, 13. Mai, wird der „Voss. Ztg.“ geschrieben: „Dante ist mit der Besichtigung der Panzerschiffe der ersten Division begonnen, zunächst kam „Weidenburg“ an die Reihe, morgen wird „Wölb“ besichtigt werden. Es werden immer noch Zweifel laut, ob dieser Panzer zu den Schiffen gehören wird, die am 20. Juni die Fahrt durch den Nord-Ozean ansetzen werden. Prinz Heinrich, der Kommandant des Schiffes, soll es wünschen, aber man glaubt doch, daß davon abgesehen werden wird. Vor einiger Zeit ist Wölb in verhältnißmäßig schneller Fahrt durch den Kanal gegangen, wahrscheinlich um einmal die Festigkeit des Ufers zu prüfen. Auf dem Wege von Holtenau nach Remsburg bemerkte man nirgends etwas von einer Beschädigung der Böschungen; hier, wo der Kanal durch festen Fels führt, kommt ein Wegstücken des aufgeworbenen Erdrückes nicht vor; auf der Strecke von Remsburg nach Brunsbüttel, die für den Verkehr noch nicht eröffnet, also auch nicht kontrollierbar ist, liegen die Verhältnisse nicht so günstig. An manchen Stellen giebt der Boden leicht nach, man hat von vornherein damit gerechnet und die Versuchsfahrt der „Wölb“ hat zur Entdeckung von schwachen Stellen geführt, die Reparaturen erfordern, aber die für die Schiffsahrt kein Hinderniß bieten. Ein Unfall im Kanal kann nur geschehen, wenn ein Schiff verfehlt gesteuert wird, was aber auch nicht gut vorzukommen kann, da jedes Schiff mit einem Lotsen versehen wird. Die Haupt Schwierigkeit liegt darin, daß die großen Schnell dampfer nicht mehr dem Steuer gehorchen, wenn sie zu langsam gehen müssen. Die großen Hamburger und Bremer Dampfer werden sich dadurch zu helfen suchen, daß sie nach je fünf Minuten Fahrt die Maschinen rückwärts schlagen lassen. Das Sicherste ist immer das Durchschleppen, doch wird davon am 20. Juni ja nicht die Rede sein können. Im Großen und Ganzen wird die gerechte Beurteilung den neuen Kanal als ein großes und gelungenes Werk gelten lassen, wenn es auch nicht in jedem Punkte vollkommen ist. Am man den Kanal heute bauen sollte, so würde man vielleicht noch mehr, als es schon geschehen ist, Krümmungen zu vermeiden suchen, wenigstens so stark, wie man sie im Westen der Weensauer Brücke findet. Die Erfahrung wird ja bald zeigen, ob diese Kurven für das Durchgehen großer und besonders langer Schiffe nicht

recht unbequem sind. Wir sind der Ueberzeugung, daß diese starken Kurven nicht ein Jahrzehnt bestehen werden, wenn sich ein großer Verkehr von Schiffen in dem Kanal entwickelt. Das wird vor allen Dingen von der Höhe der Kanalabgaben abhängen. In Schiffsfahrtskreisen ist man der Ansicht, daß der dem Bundesrathe zugedachte Tarif zu hoch ist. Es scheint, daß man zu hohe Sätze genommen hat, um die gewünschte Rentabilität zu erreichen. Diese wird aber nur dann zu erreichen sein, wenn die Handelschiffe in sehr großer Zahl den Kanal benutzen, was ganz sicher nur bei sehr niedrigen Gebühren geschehen wird. Bei hohen Abgaben wird man nur eine sehr schwache Frequenz erzielen, und gar keine Rentabilität. Gerade im ersten Jahre sollte alles geschehen, um die Schiffe heranzuziehen, hohe Tarife werden die Rheider abschrecken.“

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

reicht ab, gaben die liberalen Gemeinderäte in den beiden nächstfolgenden Wahlgängen leere Stimmzettel ab. Der Antifemist Lueger erhielt in Folge dessen nicht die erforderliche absolute Mehrheit; erst im vierten Wahlgange wurden die leeren Stimmzettel nicht mehr mitgezählt und Lueger, der 65 Stimmen bekam, als gewählt erklärt. Lueger nahm die Wahl an. Er sagte, der Wille des Volkes verlange, daß er die Wahl annehme. Sodann erfolgte die Beibehaltung Dr. Luegers. Der erste Bürgermeister Dr. Raimund Gröbl verzichtete schriftlich auf die Bürgermeisterwürde unter Beibehaltung des Gemeinderaths-Mandates. Die Stadt Wien ist also in den Händen der Antifemiten.

Best, 14. Mai. Falls die politische Lage sich klärt, bringt der Finanzminister in alternativer Zeit eine Vorlage über die Errichtung einer Klassenlotterie für die Dauer der nächstjährigen Ausstellung ein. Es werden Lose für zehn Millionen Gulden auszugeben, wovon der Staat eine Million erhält. Bei der Durchführung ist die Berlin-Hamburger Firma Heine in bedeutendem Maße betheilig.

Best, 14. Mai. Gestern Abend hielten die Liberalen und Liberalen des Oberhauses Beratungen über die heute zur Verhandlung gelangenden zwei kirchenpolitischen Vorlagen ab. Die Beratungen scheiterten an der scharfen Haltung der Liberalen, die angesichts der ungelassenen politischen Lage abermals auf einen Sieg hoffen.

Belgien.

Brüssel, 14. Mai. Der „Indevendance“ zufolge beschloß die Regierung eine Massenentlassung aller sozialistisch gesinnten Lehrer.

Frankreich.

Paris, 14. Mai. Der brasilianische Gesandte zu Paris Carvalho ist nach kurzer Krankheit in Paris gestorben.

Mimes, 14. Mai. In der heutigen Sitzung des landwirtschaftlichen Kongresses hielt der Präsident Rouland den deutschen Delegierten französische Willkommen und hielt eine Rede in deutscher Sprache, in der er die Schulpflichtigen der französischen Landwirtschaft lobte. Der Kongress sprach dem französischen Dank aus und sandte an den Verband der deutschen Genossenschaften die Versicherung seiner Werthung, sowie den Ausdruck der Verwunderung über die außerordentliche Entwicklung und das in den verschiedenen Zweigen der Organisation der landwirtschaftlichen Genossenschaften betätigte Zusammenwirken.

Großbritannien und Irland.

London, 14. Mai. Der britische Konsul in Sanjibar, Berkeley, ist zum Kommissär und Generalkonsul für Uganda und die anliegenden Gebiete ernannt worden. Berkeley ist britischer Vizekonsul an der ostafrikanischen Küste ernannt. Er machte den Richter an mit, welchen der Vizekonsul in Sanjibar ernannt. Vom Oktober 1891 bis zum Dezember 1891 war er zeitweilig Administrator des Gebiets der britischen ostafrikanischen Gesellschaft. Im Jahre 1893 begleitete er Sir Gerald Portal nach Uganda.

Im Londoner Distrikt Waltham findet eine Erziehung statt, weil der bisherige Abgeordnete des Wahlkreises, der radikale Waller Saunders, mit Tode abgegangen ist. In Waltham, wie in anderen Wahlkreisen, wo die Bürger in der letzten Zeit einen Abgeordneten zu wählen hatten, macht sich Eines bemerkbar: der Mangel an politischem Interesse. Die englische innere Politik befindet sich in einem Zustande der Apathie, es scheint Niemand da zu sein, die schlummernden Lebenskräfte anzufachen. Waltham ist ein interessanter Wahlkreis. Dort hängt die Entscheidung, obgleich vom Arbeiterstand ab. Es sind in Waltham jetzt drei Kandidaten aufgestellt; einer ist der Sozialdemokrat George Lansbury.

Rußland.

Nach einer nicht unwahrscheinlichen Petersburger Meldung sollen die Geschwader Deutschlands, Russlands und Frankreichs in den ostasiatischen Gewässern in ihrer gegenwärtigen Stärke so lange verbleiben, bis das Gros der japanischen Armee die eroberten Punkte auf dem chinesischen Festlande geräumt haben wird. Der Zeitpunkt dieser Räumung dürfte von der Sicherstellung abhängen, welche China für die Zahlung der Kriegserklärung zu bieten im Stande sein wird.

Serbien.

Belgrad, 14. Mai. Der neue Finanzminister Stevan Popowitsch gehört der Fortschrittspartei an und war früher einmal Kultusminister. Er studierte in München und Zürich Staatswissenschaften und gilt als strenger Beamter, als reiner unabhängiger Charakter. Popowitsch wurde von den Radikalen im künftigen Mannesalter pensioniert, weil er ein entschiedener Anhänger der Königin-Mutter Natalie ist, deren Ausweisung er tadelte. Unter dem „neutralen“ Regierungssystem trat er wieder in den Staatsdienst und hat als Direktor des Steuerwesens die Einhebung der Steuern ziemlich verbessert. Popowitsch war es, der am schärfsten gegen den Anleihenvertrag in der Slupschina auftrat, aber schon damals erklärte, daß man einen anderen besseren Konversionsvertrag zur Ordnung der serbischen Finanzen ausarbeiten müsse. Die Besetzung des Finanzministeriums im Kabinete Christitsch bereitete viele Schwierigkeiten, da die meisten der in Aussicht genommenen Personen ablehnten, anfänglich auch Stevan Popowitsch, bis schließlich das Ministerium seinem Finanzprogramm beistimmte.

Belgrad, 14. Mai. Wie verlautet, wird die Skupschina am 7. Juni in Vidsch zu ihrer diesjährigen Session zusammentreten.

Montenegro.

Settine, 14. Mai. Nach hier eingetroffenen Nachrichten haben zwischen den türkischen Truppen und albanesischen Stämmen Zusammenstöße stattgefunden, weshalb in Blava und Gussine Unordnung herrsche. Zahlreiche albanesische Flüchtlinge suchen Zuflucht in Montenegro.

Türkei.

Konstantinopel, 14. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Obwohl der genaue Inhalt der Vorschläge des englischen, russischen und

französischen Votchschafters in der armenischen Frage geheim gehalten wird, verlautet doch darüber Folgendes: Der Reformplan basiert auf den bestehenden türkischen Gesetzen. Besondere Nachdruck wird auf die Ernennung geeigneter Votchs gelegt. Ein Drittel der Beamten sollen Christen sein. Ferner wird vorgeschlagen, daß die Mächte das Recht zu einem Veto gegen die Ernennung der Votchs erhalten. Ein Vorkommisssar soll ernannt werden, der nicht Europäer ist, die Ausführung der Reformen zu überwachen hat und dieses Amt so lange behält, bis die Reformen durchgeführt sind. Die Ernennung des Vorkommisssars soll der Genehmigung der drei Mächte unterliegen. Ein weiterer Vorschlag besteht in der Ernennung einer aus Arabern und Christen zusammengesetzten Kommission, welche ihren Sitz bei der Pforte haben und die Verwaltung der armenischen Votchs überwachen soll. Die Gendarmerie soll aus Arabern und Christen bestehen. Außerdem werden Schlichter ernannt, die die Gefängnisse inspizieren. Die Bewohner von Samsun sollen Entschädigungen erhalten und die Kurden entwaffnet werden. Ferner werden Vorschläge bezüglich der Einziehung der Steuern gemacht. Die gegenwärtige Abgrenzung der Votchs wird beibehalten.

Best, 14. Mai. Falls die politische Lage sich klärt, bringt der Finanzminister in alternativer Zeit eine Vorlage über die Errichtung einer Klassenlotterie für die Dauer der nächstjährigen Ausstellung ein. Es werden Lose für zehn Millionen Gulden auszugeben, wovon der Staat eine Million erhält. Bei der Durchführung ist die Berlin-Hamburger Firma Heine in bedeutendem Maße betheilig.

Best, 14. Mai. Gestern Abend hielten die Liberalen und Liberalen des Oberhauses Beratungen über die heute zur Verhandlung gelangenden zwei kirchenpolitischen Vorlagen ab. Die Beratungen scheiterten an der scharfen Haltung der Liberalen, die angesichts der ungelassenen politischen Lage abermals auf einen Sieg hoffen.

Belgien.

Brüssel, 14. Mai. Der „Indevendance“ zufolge beschloß die Regierung eine Massenentlassung aller sozialistisch gesinnten Lehrer.

Frankreich.

Paris, 14. Mai. Der brasilianische Gesandte zu Paris Carvalho ist nach kurzer Krankheit in Paris gestorben.

Mimes, 14. Mai. In der heutigen Sitzung des landwirtschaftlichen Kongresses hielt der Präsident Rouland den deutschen Delegierten französische Willkommen und hielt eine Rede in deutscher Sprache, in der er die Schulpflichtigen der französischen Landwirtschaft lobte. Der Kongress sprach dem französischen Dank aus und sandte an den Verband der deutschen Genossenschaften die Versicherung seiner Werthung, sowie den Ausdruck der Verwunderung über die außerordentliche Entwicklung und das in den verschiedenen Zweigen der Organisation der landwirtschaftlichen Genossenschaften betätigte Zusammenwirken.

Großbritannien und Irland.

London, 14. Mai. Der britische Konsul in Sanjibar, Berkeley, ist zum Kommissär und Generalkonsul für Uganda und die anliegenden Gebiete ernannt worden. Berkeley ist britischer Vizekonsul an der ostafrikanischen Küste ernannt. Er machte den Richter an mit, welchen der Vizekonsul in Sanjibar ernannt. Vom Oktober 1891 bis zum Dezember 1891 war er zeitweilig Administrator des Gebiets der britischen ostafrikanischen Gesellschaft. Im Jahre 1893 begleitete er Sir Gerald Portal nach Uganda.

Im Londoner Distrikt Waltham findet eine Erziehung statt, weil der bisherige Abgeordnete des Wahlkreises, der radikale Waller Saunders, mit Tode abgegangen ist. In Waltham, wie in anderen Wahlkreisen, wo die Bürger in der letzten Zeit einen Abgeordneten zu wählen hatten, macht sich Eines bemerkbar: der Mangel an politischem Interesse. Die englische innere Politik befindet sich in einem Zustande der Apathie, es scheint Niemand da zu sein, die schlummernden Lebenskräfte anzufachen. Waltham ist ein interessanter Wahlkreis. Dort hängt die Entscheidung, obgleich vom Arbeiterstand ab. Es sind in Waltham jetzt drei Kandidaten aufgestellt; einer ist der Sozialdemokrat George Lansbury.

Rußland.

Nach einer nicht unwahrscheinlichen Petersburger Meldung sollen die Geschwader Deutschlands, Russlands und Frankreichs in den ostasiatischen Gewässern in ihrer gegenwärtigen Stärke so lange verbleiben, bis das Gros der japanischen Armee die eroberten Punkte auf dem chinesischen Festlande geräumt haben wird. Der Zeitpunkt dieser Räumung dürfte von der Sicherstellung abhängen, welche China für die Zahlung der Kriegserklärung zu bieten im Stande sein wird.

Serbien.

Belgrad, 14. Mai. Der neue Finanzminister Stevan Popowitsch gehört der Fortschrittspartei an und war früher einmal Kultusminister. Er studierte in München und Zürich Staatswissenschaften und gilt als strenger Beamter, als reiner unabhängiger Charakter. Popowitsch wurde von den Radikalen im künftigen Mannesalter pensioniert, weil er ein entschiedener Anhänger der Königin-Mutter Natalie ist, deren Ausweisung er tadelte. Unter dem „neutralen“ Regierungssystem trat er wieder in den Staatsdienst und hat als Direktor des Steuerwesens die Einhebung der Steuern ziemlich verbessert. Popowitsch war es, der am schärfsten gegen den Anleihenvertrag in der Slupschina auftrat, aber schon damals erklärte, daß man einen anderen besseren Konversionsvertrag zur Ordnung der serbischen Finanzen ausarbeiten müsse. Die Besetzung des Finanzministeriums im Kabinete Christitsch bereitete viele Schwierigkeiten, da die meisten der in Aussicht genommenen Personen ablehnten, anfänglich auch Stevan Popowitsch, bis schließlich das Ministerium seinem Finanzprogramm beistimmte.

Belgrad, 14. Mai. Wie verlautet, wird die Skupschina am 7. Juni in Vidsch zu ihrer diesjährigen Session zusammentreten.

Montenegro.

Settine, 14. Mai. Nach hier eingetroffenen Nachrichten haben zwischen den türkischen Truppen und albanesischen Stämmen Zusammenstöße stattgefunden, weshalb in Blava und Gussine Unordnung herrsche. Zahlreiche albanesische Flüchtlinge suchen Zuflucht in Montenegro.

Türkei.

Konstantinopel, 14. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Obwohl der genaue Inhalt der Vorschläge des englischen, russischen und

Annahme von Inzeraten Hofmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

französischen Votchschafters in der armenischen Frage geheim gehalten wird, verlautet doch darüber Folgendes: Der Reformplan basiert auf den bestehenden türkischen Gesetzen. Besondere Nachdruck wird auf die Ernennung geeigneter Votchs gelegt. Ein Drittel der Beamten sollen Christen sein. Ferner wird vorgeschlagen, daß die Mächte das Recht zu einem Veto gegen die Ernennung der Votchs erhalten. Ein Vorkommisssar soll ernannt werden, der nicht Europäer ist, die Ausführung der Reformen zu überwachen hat und dieses Amt so lange behält, bis die Reformen durchgeführt sind. Die Ernennung des Vorkommisssars soll der Genehmigung der drei Mächte unterliegen. Ein weiterer Vorschlag besteht in der Ernennung einer aus Arabern und Christen zusammengesetzten Kommission, welche ihren Sitz bei der Pforte haben und die Verwaltung der armenischen Votchs überwachen soll. Die Gendarmerie soll aus Arabern und Christen bestehen. Außerdem werden Schlichter ernannt, die die Gefängnisse inspizieren. Die Bewohner von Samsun sollen Entschädigungen erhalten und die Kurden entwaffnet werden. Ferner werden Vorschläge bezüglich der Einziehung der Steuern gemacht. Die gegenwärtige Abgrenzung der Votchs wird beibehalten.

Amerika.

Rio de Janeiro, 14. Mai. Dr. Rosa e Silva ist wieder zum Präsidenten der Kammer gewählt worden.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 15. Mai. Unter den Schmutzplätzen, mit denen unsere Stadt in diesem Jahre bereichert wird, hebt sich durch Größe und abgerundete Form der Kaiser Wilhelm-Platz auf das vordringlichste hervor. Leider scheint aber über der gärtnerischen Anlage auf demselben ein recht unglücklicher Stern zu schweben. Wir wissen nicht, wer den Plan dazu entworfen hat. Jedenfalls scheint es kein Anhänger des bekannten Wortes: der gerade Weg ist der beste gewesen zu sein. Man sollte es eigentlich für unglücklich halten, daß die den Platz durchschneidenden Straßenzüge nicht in gerader Richtung über denselben fortgeführt sind. Von der Kaiser Wilhelmstraße nach deren Fortsetzung und von der Friedrichstraße nach deren Fortsetzung ist allenfalls zu kommen. Was für Gründe der Magistrat aber gehabt haben mag, daß er den Durchgang von der Kronprinzenstraße nach deren Fortsetzung auf die jetzt beliebte Art und Weise angelegt oder richtiger gepeperrt hat, ist unerfindlich. Der Durchgang von dem alten Theile derselben zu dem neuen ist nur in der Form eines S möglich. Den nach der Pöhlstraße zu gelegenen Theil der Kronprinzenstraße hat man durch ein großes ungetrübtes Gäßchen geperrt, um dann vor dem neuen Theile derselben dieses sinnreiche Arrangement noch einmal zu wiederholen. So kam man nur auf einer Art von Schlängelpfad, von dem einen Theil der Kronprinzenstraße über den Platz zu dem andern kommen. Bei der Feststellung unseres Bauplanes hat der damalige Stadtbaurath den Ausspruch: Es sei keine „Kunst“, gerade Linien zu ziehen. Das war ohne Zweifel sehr schön gesagt; es ist aber doch bedauerlich, wenn diese Nichtachtung der geraden Linien geradezu zu einem Verkehrshinderniß wird.

Die 2. Vorführung von orientalischer Bauerei durch Ben-Ami-Bey im Koncertsaule hatte sich gestern ebenfalls ausserordentlich erfolgreich abgetragen und wurden die einzelnen überaus feinen Vorführungen wiederum mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Morgen (Donnerstag) wird der Künstler bereits seinen Abschiedsabend veranstalten.

Der Hauptgewinn der Stettiner Pferde-Votterie fiel bei der gestrigen Ziehung auf die Nummer 2339 in die Kollette der Haupt-Agenur dieser Votterie, Oscar Bräuer u. Co. Nachf., Hofmarkt 14.

In dem Geschäft des Uhrmachers Paul Guss, Mönchenstraße 9, erschien gestern ein „fremder Uhrmachergehülfe“, welcher um eine Unterfützung anfragte, eine solche wurde ihm nicht zu Theil, doch hatte er verborgene Selbstliebe angewandt, denn mit ihm verschwand eine silberne Remontoiruhr im Werthe von 20 Mark.

In gestriger Nacht gegen 1/2 12 Uhr trat an den Schulmannsposten an der Wiesen- und Holzstraßen-Ecke ein Mann und erklärte, daß er krank sei, in demselben Augenblick stürzte derselbe auch zur Erde und verfiel in Krämpfe, so daß er nach dem nächsten Krankenhaus geschafft werden mußte. Die Person des Erkrankten wurde als ein jenseitiger Gesell Rud. Thiemann aus Wangen identifiziert.

Wie uns aus dem Bureau des Elysiu-Theaters mitgeteilt wird, sind die Proben zu der Eröffnungsvorstellung unter Leitung des Regisseurs Herrn Stanislaus Fuchs und des Kapellmeisters Herrn August Schmidt in vollem Gange. Viele fleißige Hände regen sich, um die letzten Arbeiten in dem prächtigen Park zu beenden, damit das Publikum am Sonntag bei der Eröffnung alle Bequemlichkeiten und Annehmlichkeiten voll und ganz genießen kann.

An der am Sonntag, den 19. d. M., auf dem Dammischen See stattfindenden internationalen Segel-Wettfahrt des Stettiner Yacht-Clubs werden sich 6 Yachten I. Klasse und 7 Yachten II. Klasse betheiligen. Die Regatta beginnt Vormittags 10 Uhr.

Der deutsche Fischereiverein hat nach den oben veröffentlichten Zusammenstellungen im Jahre 1893—94 an Gern, Brüt und Edelfischen ausgelegt: an Kachbrut 4 355 510, davon in den Stromgebieten der Nordsee 3 528 750, in denen der Ostsee 826 760; an Edelfischen 9 613 250, davon in den Stromgebieten der Nordsee 8 498 800, in denen der Ostsee 558 450; an Aalbrut 609 300 Stück, davon in den Stromgebieten der Nordsee 246 800, der Ostsee 47 500, des schwarzen Meeres 315 000 und 678 Schod Krebse, davon in den Stromgebieten der Nordsee 254, der Ostsee 407 und des schwarzen Meeres 17.

(Personal-Veränderungen im Bereich des 2. Armee-Korps.) v. Staudt, Major und Batalions-Kommandeur vom Infanterie-Regiment von der Goltz (7. pomm.) Nr. 34, unter Stellung à la suite dieses Regiments, zum Direktor der Kriegsschule in Danzig ernannt. Hoffmann, Major aggreg. desselben Regiments,

